

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker
Historisches Rathaus
50667 Köln

Postanschrift:
Postfach 103564 · 50475 Köln
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841
E-mail: DieLinke@stadt-koeln.de

Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 20.05.2019

AN/0738/2019

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	21.05.2019

Änderungsantrag zu Tagesordnungspunkt 6.1.3 der Ratssitzung am 21.05.2019 „Gebührenfestsetzung für die Inanspruchnahme der Standplätze auf den Kölner Wochenmärkten,,

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln bittet Sie folgenden Ersetzungsantrag zu Tagesordnungspunkt 6.1.3 der Ratssitzung am 21.05.2019 „Gebührenfestsetzung für die Inanspruchnahme der Standplätze auf den Kölner Wochenmärkten“ auf die Tagesordnung zu nehmen.

Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

Der Rat nimmt die als Anlage 1 beigefügten Gebührenbedarfsberechnungen zustimmend zur Kenntnis und beschließt die Gültigkeit der aktuellen Satzung über die Erhebung von Gebühren auf den Wochenmärkten der Stadt Köln für ein Jahr zu verlängern.

Die Verwaltung legt aktualisierte Gebührenbedarfsberechnungen für die Jahre 2020 und 2021 inklusive einer Änderungssatzung für diese beiden Jahre parallel zu den Haushaltsverhandlungen vor.

Begründung:

Da der kommende Haushalt ein Doppelhaushalt für die Jahre 2020 und 2021 sein wird, ist es sinnvoll für beide Jahre eine Gebührenbedarfsrechnung inklusive möglicher Gebührenanpassungen vorliegen zu haben, damit diese im Haushalt berücksichtigt werden können. Dies wäre bei Beschluss der vorliegenden Verwaltungsvorlage lediglich für ein Jahr möglich.

Die Verwaltung schreibt in der Vorlage, dass in den vergangenen Jahren rückläufige Standflächenvermietungen zu verzeichnen waren und glaubt, dass sich dieser Trend auf Grund ihrer Marketingkampagne umkehren würde.

Dass eine Erhöhung für die Tageshändler um 21% (um 56 Cent je Meter) diese Marketingkampagne zu unterstützen vermag, ist möglich aber zweifelhaft.

Mit unserem Vorschlag haben die Märkte ein Jahr Zeit um sich zu stärken und auf die höheren Gebühren einzustellen.

gez.
Michael Weisenstein
Geschäftsführer
Fraktion DIE LINKE.